

des Kaisers Gattin Elisabeth eine Schwester von König Ludwig II. von Bayern gewesen sei, sie war vielmehr dessen Tante zweiten Grades, obwohl sie nur acht Jahre älter war. Bei der Schilderung der Eheschließung (S. 66) wird dann freilich der Fehler einigermaßen korrigiert und deutlich gemacht, daß Elisabeth eben der Nebenlinie der Herzöge in Bayern entstammte. Unrichtig ist auch, daß Fürst Windischgrätz den Prager Slawenkongreß im Jahre 1848 auseinandergejagt habe, dieser löste sich vielmehr im Gefolge des Prager Pfingstaufstandes selbst auf. Schließlich kann man in der zweiten Hälfte des 19. Jhs. nicht den Gegenwartsbegriff „Dritte Welt“ verwenden, und der im russisch-türkischen Krieg 1877/78 umkämpfte Schipka-Paß ist eben ein Paß und keine Schlucht (S. 114).

Das alles sind aber kleine Unzulänglichkeiten, die den Gesamtwert der Darstellung nicht herabmindern. Dieser liegt vor allem darin, daß hier mit viel Einfühlungsvermögen und Sachkenntnis ein Bild des Kaisers und der Habsburger Monarchie gezeichnet wird, das durchaus nicht unkritisch ist — so betont Vf. u. a., daß der Kaiser einen vorzüglichen Minister abgegeben hätte, daß ihm aber doch zu einem bedeutenden Herrscher einiges fehlte —, das aber insgesamt von Verständnis und Sympathie für die Zeit des ausgehenden Kaiserreiches getragen ist. Mit Recht betont der Vf., daß man diese Epoche nicht die „Franz Joseph-Zeit“ nennen könne, so wie man von der Bismarck-Zeit oder dem Wilhelminismus spricht, aber gerade das erscheint ihm letzten Endes als Vorzug.

Mainz

Gotthold Rhode

Richard L. Rudolph: Banking and Industrialization in Austria-Hungary. The role of banks in the industrialization of the Czech Crownlands, 1873—1914. Cambridge University Press. Cambridge, New York, Melbourne 1976. XII, 291 S., Tab. u. graph. Darst. i. T. u. i. Anh.

Untersuchungen zur Wirtschaftsgeschichte Österreich-Ungarns haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten einen beachtlichen Aufschwung erfahren. Neben Historikern aus den Nachfolgestaaten der alten Monarchie, insbesondere aus Österreich, der Tschechoslowakei und Ungarn, haben gerade in jüngster Zeit amerikanische und französische Wissenschaftler wie Nachum Gross, David Good, Richard Rudolph und Bernard Michel beachtenswerte Analysen des Prozesses der Industrialisierung und Kapitalbildung in der cisleithanischen Reichshälfte vorgelegt.

Das hier zu besprechende Werk von Richard Rudolph vereint die Vorzüge der älteren, eher deskriptiven Wirtschaftsgeschichtsschreibung mit den neueren, stärker quantifizierenden Tendenzen dieses Faches in beeindruckender Weise. Zwei Grundthemen stehen im Vordergrund: Zum einen die Entwicklung der Geschäftsbanken in Cisleithanien, besonders in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien, also in den Ländern der Böhmisches Krone; deren Wachstum und Rolle für die Kapitalbildung wird aber andererseits eingebettet in das größere Thema des Industrialisierungsprozesses in der westlichen Hälfte der Monarchie.

Analog zu Alexander Gerschenkrons Index für die italienische Industrialisierung entwickelt R. für die Länder der österreichischen Reichshälfte einen Index der industriellen Produktion für die Jahre 1880 bis 1913, wobei er sich auf veröffentlichte zeitgenössische Quellen und bei der Gewichtung beson-

ders auf die bahnbrechende Studie Friedrich von Fellers über das Volkseinkommen der Monarchie aus dem Jahre 1917 stützen kann. Der Zeitraum, der diesem Index zugrunde liegt, umfaßt nach einer relativ kurzen Periode der Hochkonjunktur in der ersten Hälfte der 1880er Jahre ein gutes Jahrzehnt der Stagnation, bis die Wirtschaft der Donaumonarchie ab 1897 die Wirkungen des internationalen Aufschwungs erfährt, der freilich bis 1913 von mehreren Krisen unterbrochen wird. R. zufolge waren die Jahre 1903 bis 1907 „probably the period of most rapid growth in the entire history of Austria“ (S. 33), wobei unter „Austria“ die cisleithanische Reichshälfte zu verstehen ist. Eine ebenso eingehende Analyse wie Wachstum und Konjunkturschwankungen in der westlichen Hälfte des Gesamtstaats erfahren der Ablauf des Industrialisierungsprozesses und die daraus resultierende gewerbliche Struktur in den Ländern der Böhmisches Krone. Der dominierende Anteil der Textil- und der Zuckerindustrie bei der Konsumgüterproduktion, die Braunkohlenförderung in Nordwestböhmen und die Steinkohlenförderung im mährisch-schlesischen Industriegebiet als Basis für die größte regionale schwerindustrielle Konzentration in der Monarchie, schließlich auch der Maschinenbau in Pilsen, Prag und Brünn, alle diese strukturellen Besonderheiten prägen auch die Geschäftstätigkeit der in diesem Raum aktiven Banken, denen das Hauptaugenmerk dieser Studie gilt.

Zentrale Fragestellung ist für den Vf. die Überprüfung der Hypothese Alexander Gerschenkrons, daß in der österreichischen Reichshälfte — ebenso wie in Deutschland oder in Italien — die Banken die entscheidenden Katalysatoren im industriellen Wachstumsprozeß gewesen seien. Sie hätten die Industrie nicht nur finanziert, sondern durch ständige Beratung und Überwachung der finanziell abhängigen Firmen auch wesentliche unternehmerische Funktionen wahrgenommen. Als „Universalbanken“, die langfristiges Anlagegeschäft mit der Betätigung im kurzfristigen Zahlungsverkehr zu verbinden wußten, seien sie dazu besonders befähigt gewesen. Auf diese Weise hätten sie in später industrialisierenden, „relativ rückständigen“ Ländern in der Gerschenkronischen Terminologie, entscheidend dazu beigetragen, diesen Rückstand aufzuholen. R. kommt letzten Endes zu dem Schluß, daß der Gerschenkronische Ansatz, so fruchtbar er als Arbeitshypothese auch sein mag, seinen allgemeinen Anspruch nicht erfüllen kann, für bestimmte Zeitabschnitte und in modifizierter Form aber Gültigkeit beanspruchen darf.

Diesem Endresultat geht jedoch eine detaillierte Analyse des Entwicklungsprozesses und der Geschäftsstruktur der Wiener Großbanken und vor allem auch der tschechischen Banken voraus. Der Vf. kann dabei nachweisen, daß die Banken, die die schwere Krise von 1873 überstanden hatten, in den folgenden zwei Jahrzehnten äußerst vorsichtig taktierten, eher das sogenannte „reguläre“ Geschäft, also den kurzfristigen Kredit und Zahlungsverkehr, pflegten und teilweise, insbesondere auch in den böhmischen Ländern, neben dem kurzfristigen Warenkredit selbst Warenkommissionsgeschäfte betrieben. Erst von der Mitte der 1890er Jahre an läßt sich ein verstärktes Gründungs- und Emissionsgeschäft registrieren, das aber im internationalen Vergleich eher bescheiden bleibt — dies nicht zuletzt auf Grund eines nationalen Gesellschaftsrechts, das Kapitalgesellschaften bewußt benachteiligt. Die ausführlich behandelten tschechischen Kreditinstitute, allen voran die 1868 gegründete „Živnostenská banka pro Čechy a Moravu“ [Gewerbebank für Böhmen und Mähren], daneben vor allem noch die „Česká průmyslová banka“ [Tschechische Industriebank] des Jahres

1898 und die ursprünglich als Zentrale der tschechischen Sparkassen 1903 ins Leben gerufene „Ústřední banka českých spořitelů“ [Zentralbank der tschechischen Sparkassen], diese tschechischen Banken, von denen die großen alle in Prag ansässig sind, wachsen nach der Jahrhundertwende relativ rascher als die großen Wiener Institute. Die günstige Wirtschaftsstruktur und das relativ hohe durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in ihrem Stammland dürften dazu ebenso beigetragen haben wie der steigende Mittelzufluß dank des raschen Ausbaus ausgedehnter Filialnetze überall in den böhmischen Ländern und schließlich auch die Nationalitätenpropaganda, die von den Tschechen die ausdrückliche Unterstützung „slawischer Banken“ verlangte. R. kommt allerdings zu dem Schluß, daß solche panslawistischen Bestrebungen das Aktivgeschäft der tschechischen Banken nur am Rande zu beeinflussen vermochten, immerhin läßt sich aber für die letzten Jahre vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine Expansion der tschechischen Banken in Richtung Slowakei und Slowenien, sei es durch Filialgründungen oder durch Beteiligung an bereits bestehenden oder neu zu gründenden örtlichen Instituten, feststellen.

Die Darstellung solcher Einzelheiten aus der Geschäftspolitik dieser Kreditinstitute verdient um so mehr Anerkennung, als sie aus der zeitgenössischen Literatur und aus Verwaltungsarchiven zusammengetragen werden mußte, denn die Archive der Prager Banken wurden dem Vf. nicht zugänglich gemacht. Dies ist um so bedauerlicher, als erfahrungsgemäß offizielle Bilanzzahlen von Banken oder auch von Industrieunternehmungen jenes Zeitabschnitts nur sehr begrenzt aussagekräftig sind. Bankgeschichte, die auch in hohem Maße bankbetriebliche Analyse beinhaltet, wird hier also nur zum Teil angeboten, doch schließt dies keineswegs aus, daß der Autor zu Problemen wie beispielsweise der Kreditpolitik bestimmter Bankengruppen überzeugende Urteile zu fällen vermag.

Es dürfte im übrigen von Interesse sein, daß fast gleichzeitig zu R.s Werk eine Arbeit von Bernard Michel erschienen ist, die sich ebenfalls mit den Banken in der cisleithanischen Reichshälfte beschäftigt (B. Michel: *Banques et banquiers en Autriche au début du 20^e siècle* [Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques, Nr. 199], Paris 1976). Michel hat in Prag offenbar wenigstens einige Bankarchivalien zu Gesicht bekommen, doch er verzichtet noch viel ausgeprägter als R. auf eine Analyse des konkreten Bankbetriebs. Seine Arbeit ist dennoch von beeindruckender Qualität, betont aber eher politik- und sozialgeschichtliche Aspekte, während R. stärker quantitativ-ökonomische Fragestellungen in den Vordergrund stellt. Trotz unvermeidlicher Überschneidungen ergänzen sich die beiden Darstellungen vortrefflich, die Lektüre beider Arbeiten ist daher zu empfehlen.

In einem nicht ganz unbedeutenden Punkt ist R. allerdings einem schwerwiegenden Mißverständnis zum Opfer gefallen: Auf S. 120 kommt er zu der Feststellung, auf Grund der Untersuchungen des tschechoslowakischen Historiker Jurij Křížek (Die wirtschaftlichen Grundzüge des österreichisch-ungarischen Imperialismus in der Vorkriegszeit, 1900—1914 [Rozpravy Československé akademie věd. Rada společenských věd, Ročník 73, Sešit 14], Prag 1963, S. 48) und auf Grund eigener Berechnungen hielten die neun Wiener Großbanken im ersten Halbjahr 1914 ca. 53 v. H. des Aktienkapitals aller Aktiengesellschaften in Cisleithanien, bei Bergwerks- und Mühlengesellschaften seien es 73 v. H., bei Gesellschaften der Zuckerindustrie sogar 80 v. H. und bei Aktiengesellschaften des Maschinenbaus und der sonstigen Metallverarbeitung sogar 100 v. H. gewe-

sen. Zwar hält R. Křížeks Berechnungen auf Grund dessen eigener Angaben nur für „sehr grobe Schätzungen“, es scheint ihm aber völlig entgangen zu sein, daß Křížek sich äußerst unpräziser Formulierungen bedient, die an Präzision auch nicht gewinnen, wenn man für seine Terminologie sein marxistisch-leninistisches Vorverständnis in Rechnung stellt. In der Tat spricht Křížek von „Konzernen der Wiener Großbanken“ und deren Branchenanteilen. Wie weit diese „Konzerne“ von den Banken tatsächlich kontrolliert wurden, läßt er offen, verweist aber darauf, daß seine Werte „keine abgeschlossene Übersicht der Eigentumsbeziehungen geben“ können (J. Křížek, S. 102, Anm. 90 zu Tab. auf S. 48). Der konkrete Charakter des Kontrollinstrumentariums der Banken wird von Křížek hier nicht klar umrissen. Tatsächlich wäre hier eine ganze Kette von Einflußmöglichkeiten denkbar, die sich von gelegentlichen Kreditbeziehungen über eine mögliche Vertretung im Aufsichtsrat bis zur dauerhaften Mehrheitsbeteiligung erstrecken können, doch gibt sich Křížek mit solchen „Feinheiten“ gleich gar nicht ab. R. hätte dieser Widerspruch auffallen müssen, zumal es auch mit der von ihm zutreffend beschriebenen Politik der „Universalbanken“ nicht zu vereinbaren war, in großem Stil langfristige Unternehmensbeteiligungen — und dies wegen der Gefahren für die eigene Liquidität — zu halten. Damit befindet sich R. auch im Widerspruch mit seinen eigenen Aussagen, so wenn er auf S. 139 für den konkreten Fall der „Živnobanka“ feststellt: „... The bank followed the policy of avoiding holding on to industrial shares when possible, and retained them in its portfolio in this latter period only when it had no other way to insure its lasting influence in the joint stock companies.“ Den insgesamt positiven Eindruck, den dieses gründlich angelegte, aber an keiner Stelle im Detail erstickende Werk beim Leser hinterläßt, vermag ein solcher Einwand freilich nicht zu verwischen.

Darmstadt

Peter Hertner

Mária Mayer: Kárpátukrán (ruszin) politikai és társadalmi törekvések 1860—1910. [Politische und gesellschaftliche Bestrebungen der Karpato-Ukrainer (Ruthenen) 1860—1910.] Akadémiai Kiadó. Budapest 1977. 256 S.

Die nationale Erweckung der Ruthenen beanspruchte eine ungewöhnlich lange Zeitspanne und war nach Mária Mayer selbst nach dem Zweiten Weltkrieg noch nicht abgeschlossen. Die karpato-ukrainische Volksgruppe lebte im historischen Ungarn hauptsächlich in den Komitaten Bereg, Ung, Máramaros und Ugocsa und zählte vor dem Ersten Weltkrieg etwa 500 000 Personen. Nach ihrem Bekenntnis waren sie griechisch-katholisch (uniert), und zwar gehörten sie in ihrer Mehrzahl zu den beiden Diözesen Eperies (Prešov) und Munkács (Mukačevo).

Die Vf.in der vorliegenden Arbeit hat sich bereits vorher durch mehrere Studien¹ als Kennerin dieser Volksgruppe erwiesen. Für ihre hier anzuzeigende Forschungsarbeit hat sie neben der ungarischen, russischen und ukrainischen Literatur vor allem die Bestände des Budapester Staatsarchivs heran-

1) Hier sei nur ihr deutschsprachiger Aufsatz aufgeführt: M. Mayer: Beiträge zur Geschichte der Ruthenen (Karpatoukrainer) um die Jahrhundertwende, in: Acta Historica 19 (1973).